



Michael Schrodi
Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

Michael Schrodi: Kein Atommüll-Endlager in Bayern! Söders Wendehals-Politik ist radioaktiv!

Olching, 25.04.2023

Michael Schrodi, MdB
Ilzweg 1
82140 Olching
Telefon: +49 8142 501 0589
michael.schrodi.wk@bundestag.de

Berliner Büro:
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: Jakob-Kaiser-Haus
Raum: 2.421
Telefon: +49 30 227-77541
michael.schrodi@bundestag.de

Finanzpolitischer Sprecher
der SPD-Bundestagsfraktion

An diesem Mittwoch jährt sich die Reaktorkatastrophe in Tschernobyl, die enormen Gefahren der Atomkraft sind bekannt, sie belasten die Umwelt über Jahrhunderte. Aktuell sinniert jedoch der bayerische Ministerpräsident über eine Fortführung der Atomkraft in Bayern. „Das bedeutet, dass Markus Söder ein Atommüll-Endlager in Bayern errichten lassen muss. Oder dass er, so wie immer, die Verantwortung abschieben möchte – andere Möglichkeiten gibt es nicht, wenn er seine kruden Pläne wirklich durchsetzen will“, sagt der SPD-Bundestagsabgeordnete Michael Schrodi, der zu Zeiten der Großen Koalition Berichterstatter für Atom- und Reaktorsicherheit im Umweltausschuss war.

Ein BR-Bericht am Montag hatte klargemacht, dass sehr viel bayerischer Atommüll in anderen Bundesländern und im Ausland lagert – Söder hatte behauptet, dem sei nicht so. „Das Gedächtnis von Markus Söder hat eine erstaunliche Halbwertszeit. Und das nicht nur bei der Tatsache, dass 1300 Tonnen Atommüll aus bayerischen AKWs exportiert wurden.“

So habe es Söder in seiner Zeit als bayerischer Umweltminister gar nicht schnell genug gehen können, aus der Atomkraft auszusteigen. Kurz nach dem Unglück in Fukushima habe der bayerische Umweltminister Söder gegenüber seinem Koalitionspartner FDP mit Rücktritt gedroht, wenn der Atomausstieg bis 2022 nicht beschlossen werde – so hatten es damals mehrere Zeitungen berichtet. „Jetzt will derselbe Söder einen völlig unrealistischen Atomkraft-Weiterbetrieb durchsetzen – das wäre lachhaft, wenn es nicht so gefährlich wäre“, sagt Schrodi.

Wenn Söder nun behauptete, dass man die Atomkraft als „Zwischentechnologie“ benötige, dann sei das erstens falsch. Denn der Betrieb von Atomkraft ist enorm aufwändig und steht nur noch bei sechs Prozent der gesamten Stromerzeugung. „Andere Bundesländer halten die Entwicklung nicht auf, sie



schreien nicht nach der Atomkraft – weil die meisten von ihnen sehr viel besser vorgesorgt und auf regenerative Energien gebaut haben.“

So lenke zweitens diese Forderung nur von der eigenen Misswirtschaft ab. „Der bayerische Umweltminister hatte damals übrigens auch den Bau von 1500 neuen Windrädern angekündigt. Da hatte Herr Söder seine grüne Phase. Aber nur, weil er auf Stimmenfang war.“ Obendrein forderte Söder damals sogar eine Reduzierung der Abstände von Windrädern zu Wohnhäusern auf 800 Meter. Aber, wie so oft: „Das Gegenteil wurde umgesetzt. Die 10-H-Regel blockierte den Bau zahlreicher Windräder, die CSU kam nicht einmal auf die Hälfte der angekündigten 1500.“

Ende 2022 seien sogar zehn Windkraftanlagen weniger in Betrieb gewesen als fünf Jahre zuvor. „Das liegt daran, dass es Söder nie um die Sache, sondern immer um seine eigene Popularität geht“, sagt Schrodi. Wenn dann die konkrete Umsetzung anstehe, falle eben auch mal Kritik an – „doch Söder ändert in so einem Fall lieber seine Meinung, als dass er zu seinem Wort steht“, macht Schrodi klar. Was dabei auf der Strecke bleibe, ist weitsichtige Politik. „In Krisenzeiten zeigt sich, wo Versäumnisse liegen. Die CSU hat wegen ihrer Wendehals-Politik in Sachen Energiepolitik komplett versagt“, so Schrodi. „Söder zu wählen bedeutet: für ein bayerisches Endlager zu stimmen, anstatt verstärkt auf Erneuerbare Energien zu setzen, den Markt der Zukunft.“ Jetzt ein neues Endlager in Bayern bauen zu müssen, „das wäre komplett aus der Zeit gefallen“, ergänzt er.